



FACHHOCHSCHULE
KOBLENZ
University of Applied Sciences

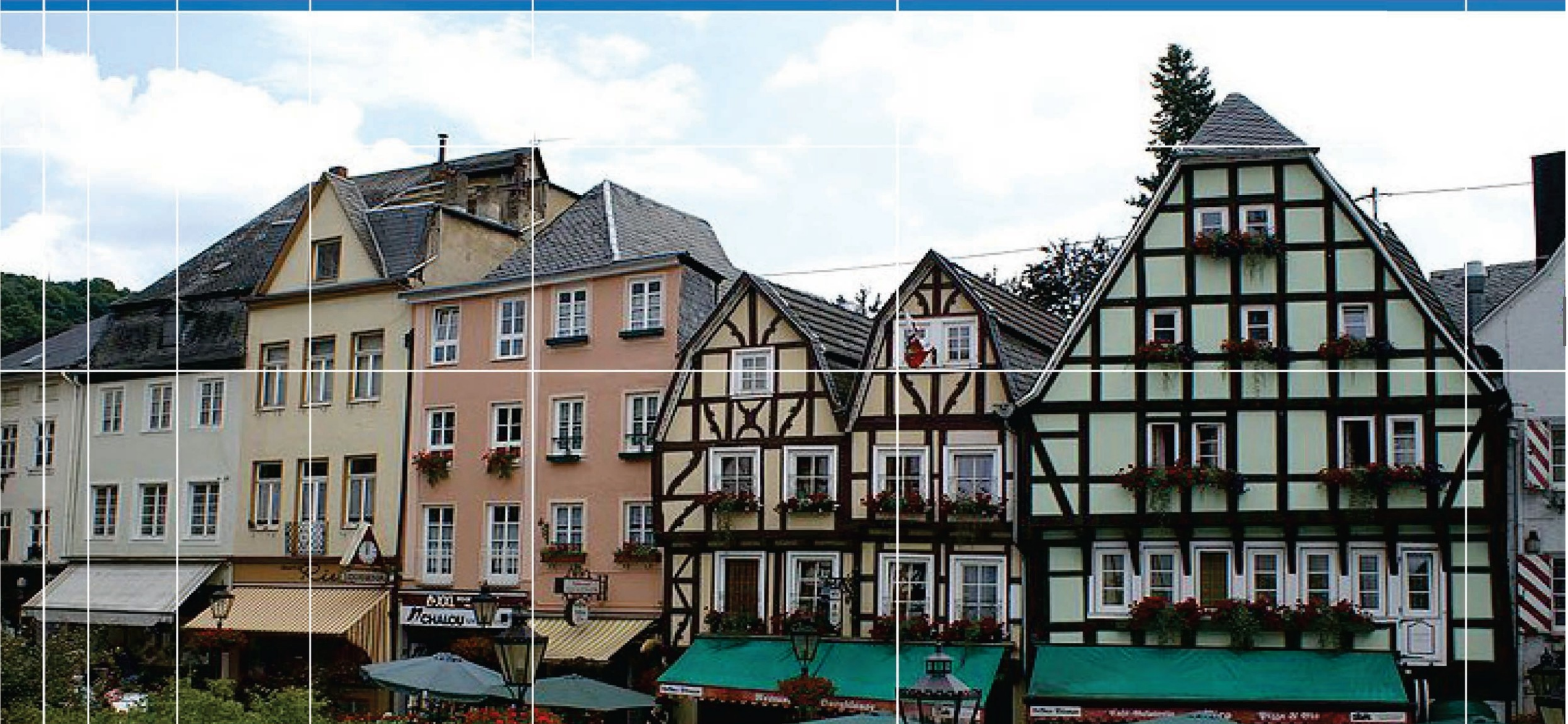


INSTITUT FÜR FORSCHUNG
UND WEITERBILDUNG
FACHBEREICH SOZIALWESEN
STADT- UND GEMEINDEFORSCHUNG



Aktiv im Alter

Alter und Altern in der Verbandsgemeinde Linz



Detlef Baum et al.

Moderation

Prof. Dr. Dr. h.c. Detlef Baum

Maren Geller M.A.

Dipl.-SW (FH), Dipl.-BWL (FH) Annette Krings-Both

Hanna Nebgen B.A.

Protokoll Kathrin

Baldus Nadja

Gasper Laura

Rockenfeller

Caroline Schmitt

Lena Walkenbach

Gestaltung und Layout

Andreas Rauland B.A.

Koblenz, Dezember 2010

Geleitwort

Auf Initiative des Seniorenbeirats hat die Verbandsgemeinde Linz als eine von 150 Kommunen in Deutschland am bundesweiten Programm „Aktiv im Alter“ der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teilgenommen. Das Programm hat zum Ziel, die Senioren in einer stetig älter werdenden Gesellschaft stärker einzubinden und ihnen zu ermöglichen, ihre Ideen in die Gemeinschaft einzubringen und sich zu engagieren.

Das war eine gute Entscheidung, denn es war das deutliche Signal der älteren Menschen in unserer Region, dass sie auch nach dem Ende ihres Berufslebens aktiv über ihre gegenwärtigen und zukünftigen Rahmenbedingungen in den einzelnen Orten mitentscheiden und mitgestalten wollen.

Auf der Grundlage von Bürger- und Gesprächsforen, Befragungen, Ausstellungen und Diskussionen bildeten sich Arbeitsgruppen, deren Ideen Eingang in Projekte eines zukunftsgerichteten Gesamtkonzepts fanden. Diese Projekte bilden die Grundlage für das gemeinsame Ziel eines modernen Leitbildes des Alters in der Region Linz.

Ein herzlicher Dank gilt allen, die dieses Projekt aktiv mitgestaltet haben: Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Detlef Baum, Leiter der Abteilung Stadt- und Gemeindeforschung des Instituts für Forschung und Weiterbildung an der Fachhochschule Koblenz, der die wichtige Funktion des Moderators ausübte und mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die fachlich fundierte Begleitung des Projekts sicherstellte sowie der großen Zahl engagierter Bürgerinnen und Bürger aus der Verbandsgemeinde Linz, die ihre Ideen und Vorstellungen in das Gesamtkonzept eingebracht haben.

Bgm. Hans-Günter Fischer
Vorsitzender des Seniorenbeirats

Teil 1 Bericht "Aktiv im Alter"

	Seite
1. Allgemeine Vorüberlegungen	2
1.1. Verbandsgemeinde und Ortsgemeinden	4
1.2. Aktiv im Alter- Programm und Auftrag	4
2. Verfahren und Ablauf	5
2.1. Konferenz der Akteure in der Altenarbeit	6
2.2. Erste Bürgerversammlung	6
2.3. Ergebnisse der Arbeitsgruppen	6
2.3.1. Arbeitsgruppe Infrastruktur und Wohnen	7
2.3.2. Arbeitsgruppe Verkehr und Sicherheit	8
2.3.3. Arbeitsgruppe Soziale Dienste und gegenseitige Unterstützung	9
2.3.4. Arbeitsgruppe Soziale Vernetzung und Verständigung	10
2.4. Zweite Bürgerversammlung	11
3. Empfehlungen für eine kommunale Altenpolitik	12
3.1. Ein integriertes Handlungskonzept	12
3.1.1. Kümmerer vor Ort	13
3.1.2. Wohnen im Alter	14
3.1.3. Soziale Integration durch öffentliche Anerkennung	15
3.1.4. Aktivierung der jungen Alten für das Gemeinwohl	15
3.1.5. Das Verhältnis von Politik und Verwaltung einerseits und Bürgern andererseits	16
3.1.6. Wie geht es weiter?	17
3.1.7. Leitbild	17
Teil 2 Dokumente und Materialien	19
• Zusammenfassungen der AG-Sitzungen	20
• Präsentation 2.Bürgerversammlung	38
• Presseartikel	41
• Referat Regionalkonferenz	44
• Texte/Zusammenfassungen Wünschebox	52
• Fragebogen der Verbandsgemeinde Linz	57
• Liste aller Einrichtungen und Institutionen der Seniorenbetreuung in der VG Linz	62

Teil 1

Bericht „Aktiv im Alter“

Alter und Altern in der Verbandsgemeinde Linz

Aktiv im Alter

Bericht über die Strukturierung und wissenschaftliche Begleitung eines Moderationsprozesses in der Verbandsgemeinde Linz

1. Allgemeine Vorüberlegungen

Der demographische Wandel wird in Zukunft Städte und Gemeinden vor neue Aufgaben stellen. Die Alterung der Gesellschaft und die Schrumpfung der Bevölkerung zwingen die Kommunen zu neuen Formen des Zusammenlebens, zu neuen Formen des Wohnens und Lebens, zu neuen Kommunikationsformen im öffentlichen Raum, aber auch zu neuen Formen der Kommunikation zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung und Politik.

Es wird zunehmend auch die Frage nach der Gestaltung öffentlicher Räume gestellt werden, wo den Bedürfnissen und Erfordernissen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung getragen werden muss. Die Kommunen brauchen immer mehr Versorgungsstrukturen und -einrichtungen im Nahraum der Wohnung, Hilfesysteme, die ein autonomes Leben und ein Wohnen in der gewohnten Umgebung so lange es geht ermöglicht.

Und der Alterungsprozess der Gesellschaft verändert sich. Wir werden anders alt als unsere Vorfahren. Der entscheidende Unterschied ist, dass der Alterungsprozess eine größere Bedeutung erfährt als der Zustand des Altseins und das sich das alt werden und alt sein zunehmend ausdifferenziert. Sozialstrukturelle, sozioökonomische Faktoren und allgemeine Bedingungen der Lebensstilführung nehmen immer mehr Einfluss auf den Prozess des Alterns und auf den Zustand im Alter.

Ein weiterer Unterschied zu früher ist, dass sich das Alter auf Grund der gestiegenen Lebenserwartungen und auf Grund eines veränderten Gesundheitsverhaltens und des medizinischen Fortschritts immer mehr verändert. Die Alten differenzieren sich mit der Tendenz der Spaltung gesellschaftlicher Gruppen. Die Gruppe derer, die aus dem Arbeitsleben ausscheiden und dennoch aktiv sein können und wollen, unterscheidet sich immer deutlicher von der Gruppe derer, die schon sehr früh in ihrem Alter auf Hilfen und Unterstützung angewiesen sind.

Zunehmend wird auch die Phase von Bedeutung sein, in der ein Übergang in das Rentenalter so gestaltet wird, dass er so wenige Brüche wie möglich enthält. Das bedeutet auch für eine kommunale Altenpolitik, sich bereits mit denen auseinander zu setzen, die in absehbarer Zeit in das Rentenalter eintreten. Das gilt sowohl für Wohnformen und Formen des Zusammenlebens als auch für Aktivitäten, die im Rahmen der Kommune entfaltet werden können - auch in Blick auf andere.

Eine kommunale Sozialpolitik wird also nicht nur für die sorgen müssen, die sich nicht mehr selbst helfen können, sondern auch die einbinden müssen, die sich noch so gesund und aktiv fühlen, dass sie sich in der Lage fühlen, noch "mitzumischen", aktiv dabei zu sein, das Soziale in einer Kommune mitgestalten zu wollen.

Dies ist nicht nur eine strategische Frage einer kommunalen Sozialpolitik, sondern eine Notwendigkeit sozialer Integration. Die Veränderungen des Alterungsprozesses berühren auch diese schwierigen Übergänge vom Berufsleben in den Ruhestand, von aktivem Leben zur nicht immer freiwilligem Passivität. Daran hängen Fragen der Identitätssicherung, der weiteren Sicherung eines bislang vorhandenen gesellschaftlichen Status bis hin zur

Frage der Neustrukturierung des Alltagslebens. Es geht um eine neue soziale Verortung in den unterschiedlichen Kontexten der Gemeinde.

Denn wir werden uns mit der Frage zunehmend auseinandersetzen müssen, welcher Zusammenhang besteht zwischen der Teilhabe am öffentlichen Leben der Gemeinde, dem Aktiv-Sein und der Art der Gestaltung des Rückzugs. Ruhebedürfnis, Rückzug aus Aktivitäten und sozialkommunikativen Kontexten wird sicher auch den Alterungsprozess weiter prägen. Die entscheidende Frage ist daher, wie dieser Rückzug gestaltet wird und unter welchen Bedingungen eines Quartiers und der dortigen Verortung dies geschehen kann. Wenn soziale Verortung meint, dass man mit dem Quartier vertraut ist, um seinen Alltag zu organisieren, wenn man sich zugehörig fühlt, wenn man für andere relevant ist und anerkannt ist - dann wird dieser Zusammenhang zwischen sozialer Verortung und sozialem Rückzug prägend sein für den Alterungsprozess.

Wir müssen uns also auch mit diesen Fragen intensiver beschäftigen.

Deshalb geht es um eine Neuorientierung in den politischen Strategien der Findung und Durchsetzung von Entscheidungen und es geht um neue Formen der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern, also um die Veränderung des Verwaltungshandelns. Es wird zunehmend um Aushandlungsprozesse gehen, in denen die Kompetenzen und Interessen der Alten eine zentrale Rolle spielen werden. Nicht nur dass diese Kompetenzen auch gebraucht werden, sondern, dass sie auch "auf den Markt" drängen, also angeboten werden. Etwa wenn z. B. der pensionierte Amtsrat der Verwaltung sein Wissen und sein Können noch zur Verfügung stellen will, was aber nicht gefordert, vielleicht auch gar nicht gewollt ist - wie geht eine Verwaltung und eine Politik mit ihren eigenen Alten zukünftig um? Verändert das Kommunikations- und Entscheidungsprozesse in Politik und Verwaltung?

Es werden sich zukünftig neue Organisationsformen und Institutionen ausbilden, die als intermediäre Instanzen zwischen der Politik der Kommune und ihrer Bewohnerschaft vermittelnd tätig werden. Es geht weniger um Interessenvertretungen als vielmehr um neue Formen der Bündelung von Aktivitäten und Potentialen, Ressourcen und Kompetenzen, die mithelfen, ein gedeihliches Zusammenleben zu gestalten. Die Kommunen müssen sich damit auseinandersetzen, inwieweit sie das Engagement von Bürgern für andere und für die Gemeinschaft nicht nur hinnehmen und unterstützen, sondern aktiv fordern und auch mit einem Mandat versehen, so dass diejenigen, die sich für andere einsetzen, das Gefühl haben, dass sie etwas Wichtiges für die Aufrechterhaltung der Gemeinschaft tun.

Da kann die Dankbarkeit der Hilfebedürftigen ein wichtiger Baustein sein; viel wichtiger ist, dass sich diese Menschen strukturell eingebunden fühlen in ein notwendiges Hilfe- und Unterstützungssystem. Sie müssen sich als Teil einer kommunalen Sozialpolitik verstehen können.

Eine zentrale Voraussetzung für soziale Integration wird neben der Zugehörigkeit und neben dem Vertrauen in die sozialräumlichen Kontexte der Ortsteile und der Nachbarschaft etwas ganz anderes sein.

Soziale Integration wird immer mehr von der Frage abhängen, ob man anerkannt ist und von Bedeutung ist für andere und für die Gemeinschaft und wie diese Anerkennung institutionell eingebunden werden kann in den Dialog mit der Politik. Das sind zentrale Bedingungen auch für soziales Engagement. Man wird für den Einzelnen von Bedeutung sein, wenn man ihm helfen kann und man wird für die Gemeinschaft dann von Bedeutung sein, wenn die Gemeinschaft - sprich die Politik oder die Verwaltung

- dieses Engagement öffentlich für bedeutend hält. Und dies geht am ehesten über ein politisches Mandat. Das gemeinsame Weihnachtsessen und die Verteilung von Ehrennadeln ersetzen das politische Mandat nicht.

1.1 Verbandsgemeinde und Ortsgemeinden

Sehr viel stärker als bisher das Programm "Aktiv im Alter" dies zuließ, muss auf die Strukturbedingungen von Politik und Verwaltung eingegangen werden, die auch die Rahmenbedingungen der Umsetzung abgeben.

Verbandsgemeinden haben häufig das Problem, dass sie sich auf einer neuen Ebene integrieren müssen. Die unter einer gemeinsamen Verwaltung zusammengefassten Ortsgemeinden mit ihren je eigenen Traditionen, Wertvorstellungen, ja sogar Logiken der Integration und Ausschließung müssen sich auf einer neuen Ebene so finden, dass daraus auch eine gemeinsame Politik erwächst.

Gleichzeitig müssen diese je spezifischen Traditionen, Bräuche, Sitten, Formen der Kommunikation und der Integration respektiert und gewahrt bleiben. Wir müssen die Integrationspotentiale der Ortsgemeinden erkennen und stärken, weil sie die einzigen wirklichen Gemeinschaften sind, die sozial integrieren, wo man sich sozial verorten kann, Vertrauen gewinnt in seine unmittelbaren sozialen Bezüge und ein Zugehörigkeitsgefühl entwickelt. Außerdem muss man im Fall der Verbandsgemeinde Linz bei der gesamten Frage auch auf den ländlichen Charakter der Ortsgemeinden verweisen, weil ein Dorf in einem ländlichen Gebiet anders integriert als eine Stadt. Dies gilt insbesondere für die Altenpolitik. Denn die Alten sind die Träger jenes kollektiven Gedächtnisses, aus denen der Dorfbewohner seine Identität als Bewohner dieses Dorfes ableitet (und eben keines anderen).

Für den Dorfbewohner, ja für das Dorf insgesamt ist die Abgrenzung zum anderen Dorf von jeher identitätsstiftend gewesen. Die verwaltungstechnische und auch politische Zusammenführung unter dem Dach der Verbandsgemeinde muss zwar zu einer gemeinsamen vertretenen Politik nach außen führen, darf aber den Charakter der einzelnen Ortsgemeinden nicht antasten.

Eine Verbandsgemeinde ist also ein Mehrfamilienhaus mit abgeschlossenen Wohnungen; man kennt die Nachbarn, muss sich auch ihnen gegenüber abgrenzen können und doch ist man gleichzeitig Mitglied einer Hausgemeinschaft.

Es geht also um die Aufrechterhaltung einer Einheit unter Wahrung der Differenzen und ortsspezifischen Bedingungen des jeweils dort vorherrschenden Zusammenlebens.

Das stellt Verbandsgemeinden vor ein besonderes Problem und ist sicher auch für Politik und Verwaltung eine besondere Herausforderung.

1.2 Aktiv im Alter – Programm und Auftrag

Die Verbandsgemeinde Linz nahm im Rahmen des Programms "Aktiv im Alter" des BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) teil und wollte in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat mit mehreren Aktionen und Veranstaltungen den

Alterungsprozess in ihrer Verbandsgemeinde zum Anlass nehmen, um Ziele auf zwei Ebenen zu erreichen:

a.) Sie möchte auf einer sozialintegrativen Ebene die älteren Bürgerinnen und Bürger in mehreren Aktionen und Veranstaltungen besonders ansprechen und aktivieren. Ziel einer solchen Aktivierung ist die Weckung und Mobilisierung der Ressourcen und der Potentiale, die ältere Menschen einbringen könnten, um sich an der "res publica" zu beteiligen, sie mitzugestalten und sich für dieses Gemeinwesen mit verantwortlich zu fühlen. Die älteren Bürgerinnen und Bürger sollen zu Akteuren gemacht werden, die sich als Teil dieser res publica auch verstehen können.

b.) Die Verbandsgemeinde will auf einer politischen Ebene ein Leitbild entwickeln und Ziele formulieren, die insgesamt dafür zu sorgen, dass Altern in einer Kommune verantwortlich und bewusst gestaltet wird.

Dazu gehört auf einer sozial- und infrastrukturellen Ebene, dass einerseits Strukturen geschaffen werden, die ein langes aktives und selbst bestimmtes Leben im Alter ermöglichen und andererseits hinreichend Unterstützungssysteme vorhanden sind, die dann eingreifen müssen, wenn dieses selbst bestimmte Leben nicht mehr möglich ist.

2. Verfahren und Ablauf

Die Verbandsgemeinde Linz hat das Institut für Forschung und Weiterbildung - Stadt- und Gemeindeforschung - an der Fachhochschule Koblenz mit der Strukturierung und wissenschaftlichen Begleitung dieses Prozesses beauftragt.

Bestandteile dieses Prozesses sind:

- Die Bestandsaufnahme der Aktivitäten, Gruppen, Organisationen und Arbeitskreise, die sich mit älteren Menschen befassen.
- die Bestandsaufnahme der informellen und institutionellen Unterstützungssysteme, Einrichtungen und Kommunikationsformen für Ältere.
- die Organisation und Durchführung eines Moderationsprozesses der folgendes beinhaltet:
 - Organisation und Moderation von vier Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen.
 - Organisation und Durchführung von drei Bürgerversammlungen, in denen einmal das Programm und der Moderationsprozess vorgestellt werden und zum anderen am Ende über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen informiert werden sollte, die in ein integriertes Handlungskonzept einfließen sollten und mit Empfehlungen an Politik und Verwaltung verbunden werden sollten.

Das Projekt "Alter schafft Neues - Aktiv im Alter, eine Region im Wandel" wurde am 19. September 2009 im Rahmen einer Regionalmesse in Vettelschoß vorgestellt. Prof. Baum hielt dazu einen Vortrag und es wurden der Zeitplan vorgestellt und Vorschläge für die Themen der Arbeitsgruppen gemacht.

Innerhalb des Bürgerforums wurde eine im Programm vorgesehene 1000-Wünsche-Box ebenfalls präsentiert, die in den einzelnen Ortsgemeinden den Bürgerinnen und Bürgern

Gelegenheit gab, ihre Vorstellungen und Wünsche zu artikulieren, die sich auf den Prozess des Alterns und das Alter bezogen¹.

2.1 Konferenz der Akteure in der Altenarbeit

Am 7. 12. 2009 fand eine Konferenz der Akteure statt, die sich in der Verbandsgemeinde Linz im weitesten Sinne mit Altersfragen beschäftigt. Auf dieser Konferenz wurde der Einstieg in das Programm "Aktiv im Alter" vorgestellt und die einzelnen Akteure konnten dazu Stellung nehmen. Die Konferenz diente auch zu einer verstärkten Vernetzung von Aktivitäten in der Verbandsgemeinde.

2.2 Erste Bürgerversammlung

Auf einer ersten Bürgerversammlung am 16. März 2010 wurden das Programm und das Verfahren inhaltlich erläutert. Die Bürgerinnen und Bürger haben daraufhin eine Reihe von Wünschen geäußert und Interessen bekundet, was sie für wichtig erachten, wenn man in Linz alt werden will. Darauf hin wurden diese Wünsche thematisch gebündelt, so dass sich vier Themen herauskristallisiert haben, die in Arbeitsgruppen weiter diskutiert werden sollten:

- Infrastruktur und Wohnen
- Verkehr und Sicherheit
- Soziale Dienste und gegenseitige Unterstützung
- Soziale Vernetzung und Verständigung

2.3 Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Diese Arbeitsgruppen sollten jeweils konkrete Projektempfehlungen erarbeiten. Dazu tagten sie vier Mal.

In der **ersten Sitzung** ging es um die Auseinandersetzung mit dem Thema und um eine Konkretisierung und Spezifizierung des Arbeitsauftrags.



In der **zweiten Sitzung** sollte eine Bestandsaufnahme erarbeitet werden, die einmal den Katalog der Maßnahmen und Einrichtungen beinhaltet, die es zu diesem Thema bereits gibt. Zum anderen sollten auch die Problembereiche und Mängel benannt werden, die noch zu bearbeiten wären und in denen Projekte sinnvoll wären.

In der **dritten Sitzung** sollten dann konkrete Projekte erarbeitet werden, die auch mit bestimmten Verantwortlichkeiten versehen werden sollten.

Auch wurde ein Zeitraum benannt, innerhalb dessen diese Projekte konkret angegangen werden sollten.

1 In diesem Bericht in Teil 2 „Dokumente und Materialien“ dokumentiert

Schließlich sollten in der **vierten Sitzung** Prioritäten erarbeitet werden, also Projekte nach ihrer Wichtigkeit aufgelistet werden, weil nicht alle Projekte angegangen werden können. Gleichzeitig sollten auch so genannte "Starterprojekte" benannt werden, deren Realisierung zunächst keinen größeren organisatorischen und finanziellen Aufwand erfordern und die relativ schnell angegangen werden können.

Der Verlauf der Arbeitsgruppen und die Arbeitsgruppenergebnisse werden im Anhang in Protokollform dokumentiert, so dass der Diskussionsverlauf nachvollziehbar ist².

Die von den Arbeitsgruppen jeweils heraus gearbeiteten prioritären Projekte werden an dieser Stelle noch einmal zusammengefasst und in den Empfehlungen für die Politik zum Teil noch einmal kommentiert. Im Verlauf der Diskussionen konnte nicht immer zwischen ortsspezifischen Projekten unterschieden werden und solchen, die sich auf die Verbandsgemeinde insgesamt beziehen.

Die einzelnen Arbeitsgruppen haben folgende Projekte mit besonderer Priorität versehen.

2.3.1 Arbeitsgruppe Infrastruktur und Wohnen

„Wohnen im Kontext von Versorgung“



Es geht darum, dass mit dem Kauf oder der Anmietung einer Wohnung vertraglich abgesichert die notwendigen Unterstützungs- und Versorgungsmaßnahmen vereinbart werden, die man später im Alter benötigt. Wer z. B. eine Wohnung im Alter von 40 - 50 Jahren so anmietet, kann vertraglich vereinbaren, dass er im Falle der Bedürftigkeit oder des Eintritts eines bestimmten versorgungsbedürftigen Zustandes auf Unterstützung und Versorgung zurückgreifen kann.

Die Stadt Linz böte sich für ein derartiges Projekt insofern an, als hier infrastrukturelle und organisatorische Voraussetzungen bereits geschaffen wären.

Außerdem wären mit der Innenstadt Chancen der Anbindung an bestehende Einrichtungen gegeben. Die Diskussion um Leerstand müsste mit einbezogen werden. Es ginge um eine Wohnform, in der sich die Bewohnerinnen und Bewohner in unmittelbarer Nähe zu einem Kompetenzzentrum befänden, aber in abgeschlossenen Wohnungen ihr autonomes Leben führen könnten.

Für die weitere Vorbereitung sollen sich der Seniorenbeirat, die VG und die Stadt Linz verantwortlich fühlen.

Der Realisierungszeitraum wurde von der AG auf 5 Jahre festgelegt.

"Kümmerer vor Ort"

Es geht darum, dass sich aktive junge und alte Bewohnerinnen und Bewohner in bestimmten Ortsteilen um die dort unterstützungsbedürftigen älteren Bewohnerinnen und Bewohner kümmern. Ob es einfach um das Gespräch und die Kontaktaufnahme geht oder um Versorgung mit alltäglichen Gütern und sozialer Vernetzung; diese Menschen sollen sich

² Die Zusammenfassungen der AG-Sitzungen sind in diesem Bericht in Teil 2 nachzulesen

kontinuierlich um einen bestimmten Personenkreis kümmern. Dabei ist wichtig, dass diese "Kümmerer vor Ort" mit einem Mandat der VG Linz ausgestattet werden, so dass auch damit der öffentliche Charakter dieses Projekt deutlich wird.

Verantwortlich dafür ist der Seniorenbeirat in Verbindung mit der Stadt Linz und den Ortsgemeinden der VG Linz.

Dieses Projekt kann sehr schnell auf den Weg gebracht werden und als "Starterprojekt" innerhalb eines Jahres realisiert werden.

2.3.2 Arbeitsgruppe Verkehr und Sicherheit

Priorität	Projekt	Ortsangabe	Verantwortliche Instanzen	Mgl. Realisierungszeitraum
3	Absenkung der Bordsteine an Kreuzungen und Einmündungen	VG Linz	Bürgermeister, Bauamt (?)	2011
3	Stufenlosen Zugangs zu Gemeindehäusern & Rathaus Linz schaffen	VG Linz	Ortsbürgermeister, Bürgermeister □Rathaus	2011
	Externen Beauftragten (nicht aus Bauamt) für behindertengerechten Ausbau ernennen	VG Linz	Seniorenbeirat	ab sofort
2	Bahnhof-Taxi-Dienst zwischen Gemeinden & Linzer Bahnhof	VG Linz	VG, Frau Schwarz	2011
	Anbindung/ Ausbau Radrundweg Westerwald – Sieg	VG Linz		
	Einrichtung Rheinbrücke nach Kripp	Linz		
1	Ansprechpartner für Bedienung der Fahrkartenautomaten	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
1	Öffnung Toilettenanlagen	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
1	Automatisierung der Toilettenanlagen	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
1	Servicepersonal an Bahnsteigen	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
1	Einrichtung eines Aufzuges an Gl. 2	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
	Mehr öffentlicher Parkraum	VG Linz		
	Mehr Politessen	VG Linz		

	Aufklärung Parkverbotsbereiche	VG Linz		
2	Ausbesserung der Landes- & Kreisstraßen	VG Linz	Land, Kreis, Landes- betrieb Mobilität Cochem	ab so- fort
Star- ter-Pr ojekt	Wanderwege: neue Beläge; Kein Bewuchs	VG Linz	Gemeinde, Rentnergilde, bestehende Gruppen	ab so- fort
2	Zebrastreifen/ Ampel Friedhof Linz	Linz	Stadt Linz	ab so- fort
2	Zebrastreifen/ Ampel St. Katharinen	St. Katha- rinen	Gemeinde	ab so- fort

Erklärungen: In der Spalte „Ortsangabe“ sind sowohl allgemeine als auch ortsspezifische Angaben aufgelistet.

2.3.3 Arbeitsgruppe Soziale Dienste und gegenseitige Unterstützung

Priorität	Projekt	Ortsangabe	Verantwortlichkeit	Möglicher Zeitraum der Realisierung
Starter- projekt	Bekannt- ma- chung aller An- gebote	Allgemeine Veran- staltungen sollen all- gemein und ortsspe- zifische Veranstal- tungen sollen ortss- pezifisch bekannt ge- macht werden. Das Projekt wird von Linz aus gesteuert.	Eine Arbeitsgruppe soll die Verbandsgemeinde beraten.	Direkt nach der 2. BV
1.	Organi- sierte Hilfs- dienste	Die Hilfsdienste sollen von einer Person in Linz allgemein gesteuert und ortsspezifisch aufgebaut werden.	Evt. könnte Frau Schmaus verantwortlich sein, da sie in der Ehren- amtsbörse arbeitet. Es sollen in allen Orten zu- sätzlich Ansprechpartner geben. Eine Arbeitsgrup- pe soll Frau Schmaus unterstützen. Martin Klotz, Ewald Schmitt und Edeltrud Adams bespre- chen die Idee vor der Bürgerversammlung mit Frau Schmaus	Direkt nach der 2. BV

2.	Gruppe für Angehörige	Erst soll das Projekt in Linz angefangen und dann in den einzelnen Orten erweitert werden. Bei einer Gruppe in Linz ist die Organisation geringer. Eine ortsspezifische Gruppe hat den Vorteil, dass die Leute eher in den eigenen Ort gehen.	Spezifische Arbeitsgruppe soll den Bedarf ermitteln und eine feste Organisation soll die Durchführung der Gruppe in die Hand nehmen.	Direkt nach der 2. BV aber die Organisation später
3.	Mobilisierung junger Alten	allgemein	Der Seniorenbeirat beschäftigt sich schon mit einem Standardbrief. Interessierte sollen im Seniorenbeirat bei diesem Projekt mitarbeiten. Die Ideen aus der jetzigen Arbeitsgruppe und die Wichtigkeit sollen an Herrn Walter (Vorsitzender des Seniorenbeirats) weitergeleitet werden. Die Verbandsgemeinde soll den Brief bei Renteneintritt jedem zuschicken. Frau Honnef, die in der VG schon für die Rentenanträge zuständig ist, könnte dies evtl. übernehmen.	Bei der nächsten Vollversammlung des Seniorenbeirates
(4.)	Mehrgenerationentreff	Allgemein und ortsspezifisch		
(5.)	Bedarfe wecken	allgemein		

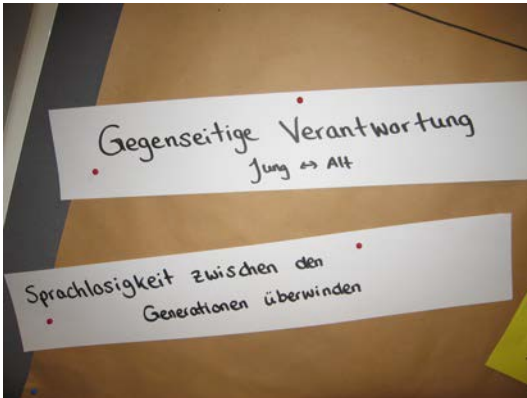
2.3.4 Arbeitsgruppe Soziale Vernetzung und Verständigung

Verbreitung bestehender Angebote

Bestehende Projekte und Angebote sollen zusätzlich zum Mitteilungsblatt „Blick Linz“ mehr verbreitet werden. Dazu könnten verschiedene Medien wie das Internet, Flyer und Plakate genutzt werden. Zudem empfindet die Gruppe die verschiedenen Annoncen und Berichte im „Blick Linz“ meist zu unübersichtlich und viel zu klein geschrieben. Daher wird

der „Blick Linz“ nach Meinung der Gruppe wenig angenommen und teilweise auch gar nicht gelesen.

Kindergärten, Schulen, Seniorenheime, Kirchen durch Projekte vereinen



In diesem Starterprojekt könnten zum Beispiel Senioren eines Seniorenheimes den Kindergarten- oder Schulkindern Handarbeiten und andere Fertigkeiten beibringen. Bei diesem Projekt müssten zunächst die Bedarfe und Bereitschaften der einzelnen Institutionen abgefragt werden und anschließend die verschiedenen Angebote koordiniert werden. In dem Zusammenhang könnten zum Beispiel auch Schulklassen Patenschaften für unterschiedliche Projekte übernehmen.

Fortsetzung der Arbeitsgruppe

Zunächst sollte sich in diesem Projekt ein oder mehrere Arbeitsgruppe finden, die sich auch weiterhin selbst organisiert treffen. Aufgaben dieser AG soll unter anderem eine Analyse der Ehrenamtsbörse sein, in der evaluiert werden soll, welche Angebote es bisher gibt und wie diese genutzt werden. Anschließend solle daraus eine Liste aller Vereine und Angebote erarbeitet werden. Im Folgenden würde dann auch die Ausweitung des bestehenden Tauschrings eine weitere Aufgabe der AG sein. Zudem würde zur besseren Koordination und Verknüpfung 1-2 Mal im Jahr ein Treffen für Leiter und Multiplikatoren geplant werden, bei denen die verschiedenen Erfahrungen ausgetauscht werden könnten.

Bei diesem Projekt war der Arbeitsgruppe sehr wichtig, dass sie einen Ansprechpartner an die Seite gestellt bekommt und die Teilnehmer der weiterführenden AG zu VG-Sitzungen etc. eingeladen und deren Meinungen angehört werden.

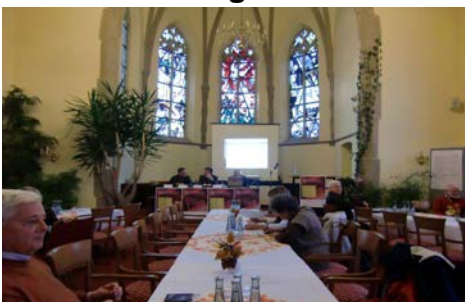
Informationsmanagement / Datenmanagement

In diesem Projekt soll eine Webdatenbank für die Verbandsgemeinde Linz eingerichtet werden, in der zum Beispiel die im 1. Projekt erarbeiteten Listen aller Angebote, Vereine, Leiter und Ansprechpartner aktualisiert hinterlegt werden sollen.

Begleitdienst

In diesem Projekt soll in der Verbandsgemeinde Linz ein Begleitdienst eingerichtet werden. In dem Zusammenhang soll auch ein Pool von Helfern und Ansprechpartnern errichtet werden.

2.4. Zweite Bürgerversammlung



Diese Ergebnisse wurden in einer zweiten Bürgerversammlung noch einmal vorgestellt und es wurde den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit gegeben, Ergänzungen vorzunehmen oder Vorschläge für deren Umsetzung zu machen.

Folgende Ergänzungen und Vorschläge wurden auf der Bürgerversammlung artikuliert, die wir berücksichtigt und eingearbeitet haben:

In der Arbeitsgruppe Soziale Vernetzung und Kommunikation wurde noch einmal das Projekt "Leihoma" als Vernetzung von Jung und Alt genannt, ebenso wurde auf den Pflegestützpunkt der VG Asbach verwiesen.

In der Arbeitsgruppe Verkehr und Sicherheit wurde das Anliegen der Sicherheit von Schulwegen und Verkehrsberuhigung am Roniger Weg/Schulstraße/Saarlandstraße noch einmal verdeutlicht.

Auch geht es um Handläufe an Steigungen und um die Absenkung von Bordsteinen als prioritäres Projekt.

In der Arbeitsgruppe Soziale Dienste wurde deutlich gemacht, dass Hilfsdienste allgemeiner gefasst werden sollten und nicht nur "rund um das Haus und die Wohnung".



Außerdem sollte auf alle Veranstaltungen, Aktivitäten und Events besser hingewiesen werden.

In der Arbeitsgruppe Infrastruktur und Wohnen wurde die in der Arbeitsgruppe bereits diskutierte Wohnform der Alterswohngemeinschaft noch einmal bestätigt.

Unter dem Stichwort "Kommune als Altersheim" sollte noch einmal darauf hingewiesen werden, dass sich die Kommune um eine altersgerechte und geeignete Infrastruktur kümmern muss.

3. Empfehlungen für eine kommunale Altenpolitik

3.1 Ein integriertes Handlungskonzept

Wir haben der Verbandsgemeinde Linz ein integriertes Handlungskonzept vorgeschlagen, das sowohl auf der Ebene der Verbandsgemeinde eine allgemeine politische Bewertung ermöglicht als auch den Weg zur Umsetzung einzelner vorgeschlagener Projekte aufzeigt; das aber auch die einzelnen Ortsgemeinden und ihre jeweiligen lokalspezifischen Voraussetzungen und Belange berücksichtigt.

Ein integriertes Handlungskonzept muss ganz allgemein Voraussetzungen auf mehreren Ebenen schaffen:

1. Es muss in der Lage sein, die Aktivitäten und Ressourcen der älteren Menschen, einzubinden in entsprechende Beteiligungsformen, die Anerkennung versprechen, Einfluss gewährleisten und damit auch Identität sichern.
2. Es muss in bestimmten relevanten Lebens- und Handlungsbereichen älterer (und auch jüngerer) Menschen Möglichkeiten eröffnen, dass diese ihre Interessen und Bedürfnisse dort formulieren können und unkompliziert an die Politik herantragen können.
3. Es muss in der Lage sein, Individuen als Entscheidungsträger und Akteure ernst zu nehmen in dem, wie sie sich den Prozess des Alterns und das Alter vorstellen, und wann und in welcher Form sie auf Unterstützungssysteme und Hilfen zugreifen wollen. Das bedeutet auch, dass die Politik Alternativen entwickeln muss, zwischen denen man sich entscheiden kann.

4. Es muss in der Lage sein, unterschiedliche Politikbereiche so zu vernetzen, dass die unterschiedlichen verantwortlichen Fragen der Gestaltung von Wohn- und Wohnumfeldbedingungen, der Stadtentwicklung, der Gestaltung öffentlicher Räume, der Infrastruktur derart verbunden werden, dass es zu einer umfassenden integrativen Betrachtung der Lebensbedingungen ältere Menschen durch Politik und Verwaltung kommt.
5. Es muss die Menschen in die Lage versetzen, sich sozial zu verorten, zu wissen, wo sie zu Hause sind, sich mit dem Ort identifizieren können, eben weil sie dort Anerkennung erfahren, sich zugehörig fühlen und das Vertrauen entwickeln können, im Kontext der sozialen Beziehungen im Dorf oder im Wohngebiet den Aufgaben des Alltags und des Lebens allein oder mit anderen gewachsen zu sein. Das heißt dann auch,
6. den unterschiedlichen sozialökologischen und sozialstrukturellen Kontexten und Rahmenbedingungen des Altwerdens und des Jungseins in den einzelnen Ortsgemeinden gerecht zu werden.

Insgesamt geht es darum, dass sich Verwaltung, Politik und Bürger auf einen Verständigungs- und Aushandlungsprozess einlassen können, der am Ende dazu führt, dass die Verwaltung nach Maßgabe der Politik und unter Einflussnahme der Bürger Projekte umsetzt.

Wie könnte nach diesem Moderationsprozess und unter Berücksichtigung dessen, was die Arbeitsgruppen für sich erarbeitet haben ein solches integriertes Handlungskonzept für die Verbandsgemeinde Linz aussehen?

Zunächst sollte auf das zurückgegriffen werden, was die einzelnen Arbeitsgruppen an Projekten entwickelt haben und welche Projekte die einzelnen Arbeitsgruppen in welcher Priorität umgesetzt haben möchten.

Es geht aber auch um mehr.

Ortsgemeinden als Träger des kollektiven Gedächtnisses und als entscheidende Integrationsfaktoren

Das muss insbesondere bei der Seniorenpolitik Berücksichtigung finden. Wir haben eingangs bereits erwähnt, dass die Senioren in einer Gemeinde die wesentlichen Träger jenes kollektiven Gedächtnisses sind, das es überhaupt erst möglich macht, dass sich Traditionen ausbilden, Werte und Sitten und Bräuche tradiert werden können und darüber sich auch Gemeinschaft bildet.

Was also geboten ist, ist angesichts der Strukturbedingungen von Verbandsgemeinden die Anerkennung der Ortsgemeinden als Aushandlungspartner auf der Ebene der Alten- bzw. Seniorenpolitik. Die Frage ist, was kann in den einzelnen Ortsgemeinden auch ortsspezifisch entwickelt werden, was gleichzeitig auch Gegenstand und Ziel der Politik der Verbandsgemeinde sein kann oder dort subsumiert werden könnte. Dazu bedarf es eben jenes kollektiven Gedächtnisses, das die Traditionen begründet und die sozialen und sozialräumlichen Kontexte verständlich macht, innerhalb derer gehandelt wird.

Wir haben einige Projekte ausgemacht, die mit diesem Anliegen verbunden werden könnten.

3.1.1 Kümmerer vor Ort

In der Arbeitsgruppe "Infrastruktur und Wohnen" wurde ein Projekt diskutiert, was "Kümmerer vor Ort" heißen könnte. Der Kümmerer vor Ort ist ein aktiver älterer Bewohner des Ortsteils, der sich auf einer nachbarschaftlichen, informellen Ebene um die weniger aktiven Alten kümmert oder gar Unterstützung und Hilfe leistet oder organisiert für diejenigen, die darauf angewiesen sind.

Solche Menschen gibt es in allen Ortsgemeinden. Entscheidend ist aber, dass sie mit einem Mandat ausgestattet sind, das die Verbandsgemeinde vergibt, so dass sie auch einen quasi-öffentlichen Charakter in ihrer Aufgabe erkennen können und auch so anerkannt oder respektiert sind.

Möglicherweise lassen diese Kümmerer sich in einem Runden Tisch organisieren, die sich unter der Ägide der Verwaltung oder des Seniorenbeirats austauschen und Fragen und Probleme an die Politik und die Verwaltung der Verbandsgemeinde herantragen könnten.

Damit wären zwei Anforderungen an ein integriertes Handlungskonzept Rechnung getragen:

- auf der Ebene der Verbandsgemeinde käme es zu einer verstärkten Vernetzung von Aktivitäten in den einzelnen Ortsgemeinden und damit wüchse auch die Chance, dass sich Bewohnerinnen und Bewohner einer Ortsgemeinde besser eingebettet fühlten in die Verbandsgemeinde;
- auf der Ebene der handelnden Individuen werden diese zu Akteuren, die in die Lage versetzt werden, mit den Senioren einer Ortsgemeinde deren Bedürfnisse und Interessen verantwortlich zu vertreten.

3.1.2 Wohnen im Alter

Wohnen im Alter wird sowohl für die Ortsgemeinden als auch für die Strukturpolitik der Verbandsgemeinde eine zentrale sozialpolitische Aufgabe werden. Zumindest gilt dies für die Stadt Linz. Unter den bereits genannten Bedingungen eines autonomen Lebens so lange wie möglich werden an das Wohnen auf zwei Ebenen neue Herausforderungen angetragen werden.

Zum einen geht es darum, dass sich klassische Wohnformen verändern müssen. Die Alterswohngemeinschaft und das Betreute Wohnen sind bereits bekannte Wohnformen, die auf gegenseitiger Unterstützung beruhen. Informelle nachbarschaftliche oder ortsgemeindliche Unterstützungssysteme und Hilfen können diesen Prozess befördern und absichern.

Zum anderen geht es um eine Wohnform, die zunächst nicht notwendigerweise auf solche informelle Unterstützungsformen angewiesen ist. Vielmehr geht es um eine Wohnform, die strukturell und institutionell-organisatorisch eher an Versorgungs- und Unterstützungssysteme angekoppelt ist (Kompetenzzentrum) und die gleichzeitig gewährleistet, dass man sich auch weiterhin integriert fühlt, Kontakte hat und am allgemeinen Leben soweit wie möglich teilhaben kann.

Die damit verbundene städtebauliche Herausforderung ist, dass sich diese Wohnform von den bisher üblichen unterscheiden. Im Prinzip leben und wohnen die alten Menschen in unmittelbarer Nähe zu den Versorgungseinrichtungen und Unterstützungssystemen. Viel wichtiger aber ist, dass sie auf Hilfen und Unterstützungssysteme unkompliziert zurückgreifen können, weil diese Dienstleistungen vertraglich oder institutionell zum Konzept die-

ses Wohnens gehören. Entweder weil sie strukturell vor Ort vorhanden sind oder aber über vertragliche Regelungen kann ein alter Mensch auf diese Dienstleistungen dann zurückgreifen, wenn er sie benötigt oder wünscht.

Die städtebauliche Herausforderung besteht darin, solche Wohneinheiten baulich zu gestalten, die erforderliche Infrastruktur zu schaffen, verkehrstechnisch zu erschließen und altersgerecht zu gestalten. Es geht um geschlossene Einheiten im Sinne von "gated communities", in denen sich öffentliches und privates Leben gegenseitig durchdringen.

Diese Form des Wohnens kann übrigens bereits gestaltet werden mit einer mittleren Generation der 40 - 50jährigen, die im Alter dann auf diese Strukturen zurückgreifen kann.

3.1.3 Soziale Integration durch öffentliche Anerkennung

Es wird zukünftig darum gehen, soziale Integration nicht nur durch die sozialpolitische Absicherung und ökonomische Sicherheiten herzustellen, sondern durch Anerkennung und Respekt des Einzelnen als einem, der dazugehört - auch wenn er anders ist. Dazu gehört auch, die Ressourcen und Potentiale von Menschen wahrzunehmen und ihnen die Möglichkeit zu geben, diese entfalten zu können. Es geht also nicht nur um die Defizite, die Menschen haben und die zur Hilfe veranlassen, sondern um die Stärken die jemand hat, um helfen zu können.

In der Arbeitsgruppe Soziale Vernetzung und Verständigung ist auf die bereits bestehende Ehrenamtsbörse eingegangen worden. Diese gilt es weiterzuentwickeln. Über die Bereitstellung von Hilfen und Unterstützungssystemen hinaus ist viel wichtiger die Organisation von hilfs- und unterstützungswilligen und -fähigen Bürgern. Es geht weniger um die Entlastung institutionalisierter Hilfen der Verbände und Vereine als vielmehr um die Sensibilisierung und Aktivierung der Bürger für das Wohl des Anderen als Beitrag zum Gemeinwohl. Das setzt voraus, dass sich die aktiven Bürger als Teil des Gemeinwohls auch verstehen können und die Politik muss sich Gedanken machen, wie sie sich mit diesen Bürgern verständigen können - auch und gerade in Blick auf Anerkennung.

3.1.4 Aktivierung der jungen Alten für das Gemeinwohl

Auch aus der Arbeitsgruppe Soziale Dienste und gegenseitige Unterstützung kommt eine wichtige Anregung, die die Mobilisierung junger Alter betrifft. Denn aktiv sein im Alter betrifft diejenigen, die aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, formal also Rentner oder Pensionäre sind, aber durchaus nicht bereit sind, sich zur Ruhe zu setzen. Es sind auch diejenigen, um die sich zunächst Hilfsdienste und Unterstützungssysteme nicht kümmern müssen, die aber dazu beitragen können, dass diese weiter existieren und aktiv sein können. Um diese zu gewinnen für die Aktivitäten des Gemeinwohls kann der Seniorenbeirat Hilfestellungen anbieten.

Die Frage der Aktivierung und Sensibilisierung junger Alter ist aber nicht nur eine Frage des Seniorenbeirats. Im Grunde muss diese sehr viel früher ansetzen. Denn natürlich sind Menschen dann eher bereit, sich im Alter für andere einzusetzen, wenn sie schon sehr viel früher begriffen haben, dass sie Teil einer res publica sind und damit auch mit verantwortlich sind für das Gemeinwohl und ein gedeihliches Zusammenleben. Die Gestaltung des Sozialen hängt entscheidend davon ab, ob man sich als Teil dieses Sozialen verstehen kann und begriffen hat, dass das Individualwohl vom Gesamwohl einer Gemeinschaft ab-

hängt. Wer dies bereits früher durch Engagement und Verantwortlichkeit gezeigt hat, wird sich auch im Alter nicht diesen Verantwortlichkeiten entziehen.

Die besondere Herausforderung besteht also darin, die zu gewinnen, die bislang nicht bereit waren, sich zu engagieren. Dies ist Aufgabe auch der Vereine, der Verbände vor Ort, auch der Bildungseinrichtungen, soweit mit den Hilfen auch spezifische Kompetenzen verbunden sein müssen.

Die Rolle des Seniorenbeirats in der VG Linz ist in diesem Zusammenhang positiv einzuschätzen. Als Vermittler zwischen der Politik/Verwaltung und den Bürgern ist er ein wichtiges Bindeglied zwischen den jungen Alten und denen, die Hilfen und Unterstützung benötigen.

Seine Anbindung an die Verwaltung ermöglicht auf der einen Seite die Verwaltung für bestimmte Vorhaben zu gewinnen und auf der anderen Seite seine Vermittlungsfunktion wahrzunehmen. Diese integrative Funktion ist für die Aktivierung der jungen Alten deshalb besonders wichtig, weil viele der älteren Bürger sich eher über informelle Kontakte und Kommunikationsnetze einbinden lassen als über Verwaltung und Politik.

3.1.5 Das Verhältnis von Politik und Verwaltung einerseits und Bürgern andererseits

Entscheidend für die weitere Entwicklung kommunaler Politik wird ganz allgemein in Zukunft sein, wie sich die Verwaltung und die Politik mit ihren Bürgern versteht. Es geht weniger um den Überblick über das operative Geschäft von Verwaltung und Politik als vielmehr darum, an welcher Stelle eines Planungs- oder Entscheidungsprozesses die Bürgerinnen einsteigen können und "mitgenommen" werden. Es geht um Transparenz, die Eingreifen ermöglicht. Und es geht nicht so sehr darum, welche Belange, Bedürfnisse und Interessen von Bürgern parteiübergreifend artikuliert werden. Entscheidend wird eher sein, ob diese seitens der Politik und Verwaltung mit einem bestimmten Geltungsanspruch versehen werden.

Weiter wird entscheidend sein, wer zukünftig in Kommunen die sozialen Fragen und Probleme definiert und welche Interessen und Bedürfnisse öffentliche Wertschätzung erhalten und welche nicht.

In diesem Kontext wird noch einmal die Bedeutung des Seniorenbeirats im Rahmen dieses Projektes sichtbar. Wie bereits erwähnt, werden wir vor allem in kleineren Kommunen und Städten auf Gruppierungen und Netzwerke angewiesen sein, die quasi als "intermediäre Instanzen" fungieren. Sie sind es, die dann über Parteiengrenzen hinweg die Interessen artikulieren, an die Politik und die Verwaltung herantragen und die dann in Aushandlungsprozessen weiterentwickelt und realisiert werden können.

Im Zuge des demographischen Wandels und der Veränderungen, die mit dem Alterungsprozess und dem Alter verbunden sind, wird die Qualität einer zukünftigen kommunalen Politik auch von der Frage abhängen, wie sie mit den Lebensperspektiven der Alten umgeht und wie sie dem Erfahrungswissen und den besonderen Bedürfnissen und Interessen der Alten begegnet.

Die "Machtfrage" wird dabei nicht obsolet. Auch zukünftig werden sich Interessen und Bedürfnisse nicht deshalb dadurch durchsetzen lassen, weil sie allgemein "diskursfähig" sind. Es wird also auch weiterhin darauf ankommen, wie z. B. die Senioren in Zukunft gegen-

über der Politik und der Verwaltung auftreten, wie sich ihre Interessen auch "machtvoll" bündeln und organisieren lassen.

3.1.6. Wie geht es weiter?

Der inhaltliche Begründungsrahmen für ein integriertes Handlungskonzept ist ja von der Idee getragen, die einzelnen Handlungskonzepte zusammenzuführen, weiter zu entwickeln und zu realisieren.

Mit dem eingeleiteten Moderationsprozess ist damit ein Anfang gemacht und gleichzeitig ein neuer Weg beschritten worden. Die hier vorgelegten Projekte haben Bürgerinnen und Bürger in einem längeren Diskussionsprozess erarbeitet und entschieden. Maßgabe und Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen war, dass Verwaltung und Politik diese Projekte zunächst auch als Beitrag zu Weiterentwicklung des Gemeinwesens ernst nehmen und die Bürgerinnen und Bürger auch als Akteure begreifen. Es geht jetzt darum, dass sich Bürgerinnen und Bürger einerseits und Politik und Verwaltung über einen Weg verständigen, wie diese Projekte allgemein annehmbar werden und realisiert werden.

Dabei gehen wir davon aus - da die Verwaltung und die Politik dieses Projekt angestoßen haben - dass Konsens in der Frage besteht, dass die von den Arbeitsgruppen benannten Projekte auch hinlänglich realisiert werden. Das bedeutet, dass sie in den konkreten politischen Entscheidungsprozess eingespeist werden und nach Maßgabe der organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten auch umgesetzt werden.

Um diesen Prozess zu ermöglichen und sicherzustellen, bedarf **es** eines spezifischen Verfahrens, das wir in folgenden Schritten sehen:

1. Einrichtung eines Ausschusses, der die Verbindung zwischen den Arbeitsgruppen und dem Verbandsgemeinderat oder der Verwaltung herstellt und sichert. Dessen Mitglieder können dem Seniorenbeirat angehören, es können aber auch andere Personen sein, sollten aber Mitglieder der jeweiligen Arbeitsgruppe sein.
2. Die Arbeitsgruppen sollten - soweit möglich - weiter tagen und den Prozess beobachten und kommentieren können.
3. In Abständen sollte die Verwaltung über den Stand der Realisierung einzelner Projekte berichten und öffentlich darstellen.
4. Auf der Ebene der Ortsgemeinden müssen Strukturen implementiert werden, die auf die spezifischen Verhältnisse vor Ort zugeschnitten sind und dort zu agieren vermögen. Diese müssen auf Verbandsgemeindeebene zusammengeführt werden und hier auch verortet werden. Wir haben bereits auf den Runden Tisch hingewiesen, der die Möglichkeit des Austausches und der Verständigung mit der Verwaltung bieten sollte.
5. Innerhalb der Verwaltung sollte reflektiert werden, inwieweit die einzelnen zuständigen Ämter in den Diskussionsprozess mit einbezogen werden und im Sinne eines integrierten Handlungskonzeptes sich mit einander innerhalb der Verwaltung verständigen und abstimmen. Das setzt in der Regel auch voraus, dass die Ämter innerhalb der Verwaltung sich zu verständigen vermögen.

3.1.7 Leitbild

Sinn eines integrierten Handlungskonzeptes ist es, ein Leitbild als ein gemeinsames leitendes Handlungsziel zu formulieren, das im Prinzip von allen getragen wird. Dieser Prozess war in den Arbeitsgruppen und im gesamten Projekt nicht intendiert, ist aber eine Folge dieses Prozesses, der die Diskussion zunächst einmal auch zu einem vorläufigen Abschluss bringt. Insofern ist damit auch ein Fazit dieses Moderationsprozesses verbunden.

Mit Hilfe des Projektes sollten - wie eingangs erwähnt - Ziele auf zwei Ebenen erreicht werden:

1. Auf einer sozialintegrativen Ebene sollten die älteren aber noch aktiven Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert und motiviert werden, für die Belange anderer Bürger und des Gemeinwohl einzutreten. Ziel einer solchen Aktivierung sollte die Weckung und Mobilisierung der Ressourcen und Potentiale sein, die ältere Menschen einbringen könnten, um sich an der "res publica" zu beteiligen, sie mitzugestalten und sich für dieses Gemeinwesen mit verantwortlich zu fühlen. Die älteren Bürgerinnen und Bürger sollten zu Akteuren gemacht werden.
2. Die Verbandsgemeinde Linz wollte auf einer politischen und strukturellen Ebene ein Leitbild entwickeln und Ziele formulieren, die insgesamt dafür sorgen, dass der Prozess des Alterns und das Altern selbst in einer Kommune verantwortlich und bewusst gestaltet wird, was auch heißt, ein gedeihliches Zusammenleben von Jung und Alt strukturell zu gestalten.

Ziel ist es also ein Leitbild zu formulieren, das sich vor allem auf die Gestaltung des Sozialen unter den Bedingungen des Alters und des Alterns in einer Kommune bezieht.

Allgemeines Leitziel ist **soziale Integration durch Partizipation**. Partizipation verstehen wir als ein dialektisches Verhältnis von Teilnahme am öffentlichen Leben, an öffentlichen Diskursen, an Entscheidungsprozessen, die jemanden betreffen, an sozialen Kommunikationsprozessen und sozialen Netzwerken. Auf der anderen Seite steht Teilhabe an dem Nutzen, der durch Teilnahme an den genannten Prozessen und Institutionen entsteht. Dieser Nutzen kann materieller Natur sein, aber auch immaterieller Natur wie etwa Identitätssicherung und Sicherung des sozialen Status durch Anerkennung und Vertrauen in die jeweils anderen. Wenn "von-Bedeutung-Sein" für Andere eine der wesentlichen Voraussetzung von Integration ist, dann manifestiert sich diese Bedeutung nur durch Teilnahme und Teilhabe.

Auf der Grundlage dieser allgemeinen Überlegungen könnte ein Leitbild der Verbandsgemeinde Linz folgendermaßen lauten:

Die Verbandsgemeinde Linz versteht sich mit ihren Ortsgemeinden als eine Gemeinschaft, die in dem Maße sozial integriert wie ihre Mitglieder an der Gestaltung des Sozialen teilhaben und aktiv mitwirken können.

Der Verbandsgemeinde Linz ist in diesem Kontext wichtig, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen an dieser Gestaltung beteiligen können, ihre jeweiligen Bedürfnisse und Interessen artikulieren können und aktiv an deren Realisierung mitwirken können.

Teil 2

Dokumente und Materialien

Zusammenfassungen der Arbeitsgruppen

Zusammenfassung der Arbeitsgruppe „Infrastruktur und Wohnen“

Einführung

Die Lebensqualität in einem Wohnquartier hängt einmal von der Art des Wohnens ab, also von der Frage, in welchen Verhältnissen man wohnt, wie das Wohnumfeld beschaffen ist und wie sehr man sozial eingebunden und vernetzt ist in Nachbarschaften oder andere soziale Kontexte. Zum anderen hängt die Qualität des Lebens zusammen mit der Qualität der sozialen und lokalen Infrastruktur, also von der Frage, ob man sich im unmittelbaren Wohnumfeld und gut erreichbar mit den wichtigsten Gütern des Alltags selbständig versorgen kann, und ob soziale Hilfs- und Unterstützungsangebote sowie eine medizinische Versorgung hinreichend vorhanden ist. Es kommt aber auch darauf an, ob und inwieweit soziale Kommunikation und Beteiligung am öffentlichen Leben möglich ist.

Dies gilt für diejenigen unter den älteren Menschen, die noch aktiv genug am öffentlichen Leben teilnehmen können, sich selbst versorgen können und auf Hilfen zunächst nicht angewiesen sind. Dies gilt aber noch mehr für diejenigen Alten, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind und auf hinreichende Kontakte zu anderen, die ihnen ermöglichen, zumindest passiv am allgemeinen Geschehen teilzuhaben.

Um dies insgesamt zu ermöglichen, muss nicht nur über neue Formen des Wohnens und des Zusammenlebens im Alter nachgedacht werden, sondern auch über andere Bedingungen des Zugangs zu öffentlichen Räumen, zu Straßen und Plätzen und zu Einrichtungen und Organisationen der Nahversorgung im Quartier. Dabei müssen sich die Kommunen nicht nur mit der Frage auseinandersetzen, wie sie diese Wohnbedingungen schaffen, sondern auch, wie sie diese Aufgabe zusammen mit der älteren Bevölkerung löst.

In den 4 Arbeitssitzungen der Arbeitsgruppe „Infrastruktur und Wohnen“ wurde über die derzeitige Wohnsituation von Senioren gesprochen und wie neue Wohn- und Versorgungsmodelle entstehen können, um den „jungen Alten“ das Älterwerden zu vereinfachen.

In den folgenden Sitzungen: 10.05.2010, 14.06.2010, 28.06.2010, 23.08.2010, jeweils von 18.30 Uhr bis ca. 20.00 Uhr, trafen sich insgesamt 8 interessierte Menschen aus der Verbandsgemeinde Linz und entwickelten unter der Moderation von Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Baum einige Projekte. Die Protokollführung wurde von der Studentin Kathrin Baldus übernommen.

Erste Sitzung

Austausch über die ersten Ideen für eine attraktivere und seniorengerechte Ortsgemeinde und Stadt Linz.

Wohnen	Infrastrukturelle Vernetzung
Wohnen für Senioren	Mobilität
Versch. Wohnformen (alters- und behindertengerecht)	Attraktivität der Ortsgemeinde
Alternative Bauformen	Treffpunkte schaffen

Leerstand füllen	Einrichtungen öffnen und nutzen
Vernetzung durch Bauen	Infrastruktur Stadt -> Ortsgemeinde
Autonomes Wohnen	

Für das nächste Treffen am 14. Juni 2010 überlegen sich die Teilnehmer der Arbeitsgruppe, welche Angebote derzeit schon für Senioren in Linz sowie überregional vorhanden sind.

Zweite Sitzung

Die Arbeitsgruppe hat am Anfang über den Bestand von seniorenrechtlichen Wohneinrichtungen, sowie weiteren Möglichkeiten der infrastrukturellen Gegebenheiten in der VG Linz und Stadt Linz diskutiert.

Durch den Verlauf der Diskussion wurde mehr über die Bedarfslage gesprochen.

	Bestand	Bedarf
Allgemein	2 Einrichtungen für Senioren	Aufhebung von Vereinsamung Hinführend zu alters- und behinderten-gerechten Wohnformen Zwischenangebote Mobile Einkaufs-Möglichkeiten
Orts-spezifisch	1 Einrichtung für Senioren Einkaufsmöglichkeiten in Vettelschoß	Soziale Vernetzung bei Wohnen im Eigentum

Für die kommende Sitzung reicht Hr. Prof. Dr. Dr. h.c. Baum noch weitere Impulse/ Thesen zum Thema „Infrastruktur/ Wohnen“ nach, um noch intensiver in die Diskussion hineinzugehen.

Bei dem folgenden Termin wird des Weiteren an verschiedenen Ideen für anlaufende Projekte gearbeitet.

Dritte Sitzung

Zu Beginn der Arbeitsgruppe am 28.06.2010 schaute sich die Gruppe noch mal den Bestand und Bedarf an, die sie in der vorangegangenen Sitzung erarbeitet hatten. Als nächster Schritt wurde über die verschiedenen Projektideen der Teilnehmer zum Thema „Infrastruktur und Wohnen“ diskutiert.

Die folgende Tabelle diente hierbei als gedankliche Stütze.

Priorität	Projekte	Ortsangabe (allgemein oder ortsspezifisch)	Verantwortlichkeit	Möglicher Zeitraum der Realisierung
	1. Neuer Lebensmittelpunkt, private oder kommunale	allgemein		

	Wohnraumversorgung, Voraussetzung: Versorgung vor Ort			
	2. Versorgung auf dem Dorf (Wohnraum)			

Im Folgenden sind die verschiedenen Ideen/ Anmerkungen zu den Projektvorschlägen aufgelistet:

Grundideen zu Punkt 1:

- Stadt Linz übernimmt die Managementfunktion
- Es besteht ein Miet-/ Kaufvertrag, der gewährleistet, dass der Bewohner bei zunehmendem Alter und zunehmender Schwäche Pflege in Anspruch nehmen kann
- Hierdurch entsteht eine Nähe zur Infrastruktur, zugleich auch eine Distanz durch die eigene Wohnung
- Voraussetzung sollte sein, dass Ärzte/ Orthopäden/ Geschäfte usw. schnell erreichbar sind
- Ein erreichbares Ziel hierbei ist die möglichst lange Eigenständigkeit

Grundideen zu Punkt 2:

- Leerstand im Dorf füllen
- Den Charakter des Dorfes erhalten und eine Integration im inneren Dorf unterstützen
- Die Versorgung auf dem Dorf muss verbessert werden
- Soziale Strukturen schaffen
- Evtl. bleibt eine Vernetzung durch Verwandt- oder Nachbarschaft
- Als Standard Notfalltelefone oder Funk-Notrufknöpfe anbringen
- Schulung von Personen („Kümmerer“)
- Laienkompetenz verspricht einen anderen Zugang zu den Senioren (niedrigschwellig)
- Um Sicherheit zu gewährleisten, können Laienhelfertreffen stattfinden. Hier steht der Erfahrungsaustausch und die Unterstützung durch Professionelle im Vordergrund
- (Wie schaffe ich Aufmerksamkeit und Interesse an dieser Idee bei den Nachbarn?)
- In „sterbenden“ Dörfern müssen die Dorfstrukturen auch geändert werden. Das Vereinsleben, die Nachbarschaft kann neu entdeckt werden
- Kontakte zu Neu-Bürgern gestalten
- Zugang zu den 50-jährigen, die im Dorf leben, schaffen- junge Alte beauftragen
- Generationenverhältnis beachten – „Sandwichkinder“ entlasten

Vierte Sitzung

In der letzten Sitzung sollte über die Priorisierung der Projekte entscheiden werden. Es hat sich herausgestellt, dass eigentlich nur zwei konkrete Projekte in die engere Auswahl kamen.

1. **Wohnen im Kontext von Versorgung.** Es geht darum, dass mit dem Kauf oder der Anmietung einer Wohnung vertraglich abgesichert die notwendigen Unterstützungs- und Versorgungsmaßnahmen vereinbart werden, die man später im Alter benötigt. Wer z. B. eine Wohnung im Alter von 40 - 50 Jahren so anmietet, kann vertraglich vereinbaren, dass er im Falle der Bedürftigkeit oder des Eintritts

eines bestimmten versorgungsbedürftigen Zustandes auf Unterstützung und Versorgung zurückgreifen kann.

Herr Dr. Kirchhof will dazu noch detaillierter Stellung nehmen.

(Dies ist zwischenzeitlich geschehen; siehe Anlage)

Für die weitere Vorbereitung sollen sich der Seniorenbeirat, die VG und die Stadt Linz verantwortlich fühlen.

Der Realisierungszeitraum wurde von der AG auf 5 Jahre festgelegt.

2. **"Kümmerer vor Ort"** Es geht darum, dass sich aktive junge und alte Bewohnerinnen und Bewohner in bestimmten Ortsteilen um die dort unterstützungsbedürftigen älteren Bewohnerinnen und Bewohner kümmern. Ob es einfach um Gespräche und Kontaktaufnahme geht oder um Versorgung mit alltäglichen Gütern und sozialer Vernetzung; diese Personen sollen sich kontinuierlich um einen bestimmten Personenkreis kümmern. Dabei ist wichtig, dass diese "Kümmerer vor Ort" mit einem Mandat der VG Linz ausgestattet werden, so dass auch damit der öffentliche Charakter dieses Projekt deutlich wird.

Verantwortlich dafür ist der Seniorenbeirat in Verbindung mit der Stadt Linz und den Ortsgemeinden der VG Linz

Die Arbeitsgruppe hat entschieden, dass dieses Projekt sehr schnell auf den Weg gebracht werden kann und als "Starterprojekt" innerhalb eines Jahres realisiert werden sollte.

Ansonsten hat sich die Arbeitsgruppe noch mal mit der Frage auseinandergesetzt, wie bestehende Einrichtungen der Altenhilfe für andere Personengruppen geöffnet werden könnten, damit die Bewohnerinnen und Bewohner dort stärker vernetzt und sozial eingebunden werden und andererseits auch die "Hemmschwellen" abgebaut werden, die für die Öffentlichkeit mit solchen Einrichtungen auch verbunden ist.

Dies sollte nicht in ein eigenes Projekt eingebunden werden, sondern Gegenstand weiterer Diskussionen sein.

Zusammenfassung der Arbeitsgruppe „Soziale Vernetzung und Verständigung“

Einführung

Soziale Vernetzung und Verständigung spielt gerade unter solchen Gegebenheiten, wie wir sie in der Verbandsgemeinde Linz antreffen, eine große Rolle. Zur Verbandsgemeinde Linz gehört die Stadt Linz am Rhein und sechs Ortsgemeinden. Die Kommunikation stellt sich hier sehr unterschiedlich dar: während innerhalb der Stadt die Kommunikation für die älteren Bewohner weniger problematisch zu sein scheint, ist die Kommunikation für Diejenigen, die in den Ortsgemeinden leben, schwieriger.

Dabei spielt es eine Rolle, dass früher die gegenseitige Verantwortung und Kommunikation (zwischen jung und alt) sowie die Sensibilisierung für die Situation der anderen Generation sich in der Großfamilie automatisch entwickelt hat. Heute aber sind klassische Beziehungen zerstört oder zumindest zurückgedrängt. Für den älteren Bewohner einer Ortsgemeinde wird dies zu einem Problem. Während meist die notwendigen Gänge (wie z.B. Arztbesuche) durch einen organisierten Fahrdienst abgedeckt werden, verhält es sich bei informellen Kontakten anders. Hier ist der ältere Mensch meist beschränkt auf seine Nachbarn (die oft genug in derselben Situation leben) und die Familie.

Während Jugendliche und junge Erwachsene einem hoch fluktuierenden Netzwerk angehören, haben die Älteren nur noch wenige Netzwerkkontakte.

Für Linz stellt sich u.a. die Frage, warum so viele ältere Bewohner erklären, nicht von bereits bestehenden Hilfsangeboten gewusst zu haben. (Obwohl diese existieren.) Oder warum wichtige (bisher unbekannt) Bedarfe noch nicht abgedeckt werden konnten.

Mit diesen und anderen Fragen hat sich die Arbeitsgruppe „Soziale Vernetzung und Verständigung“ in ihren Sitzungen beschäftigt.

Allgemeine Vorgehensweise der Arbeitsgruppe „Soziale Vernetzung und Verständigung“

Für die Arbeitsgruppe „Soziale Vernetzung und Verständigung“ wurden im Voraus der 09.05.2010, 14.06.2010, 28.06.2010 und der 23.08.2010 als Termine mit einem Zeitfenster von jeweils eineinhalb Stunden terminiert. Die Moderation der Arbeitsgruppe übernimmt Frau Annette Krings-Both, für die Protokollführung ist Laura Rockenfeller zuständig.

Nach einer ersten Vorstellungsrunde aller Anwesenden hat sich die Arbeitsgruppe in der ersten Sitzung mit verschiedenen Themen zu „Soziale Vernetzung und Verständigung“ beschäftigt. In der zweiten Sitzung ist gemeinsam eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zu dieser Thematik erstellt worden. Diese war die Grundlage für verschiedene Projektideen, welche in der darauf folgenden dritten Sitzung konkretisiert wurden. Das Ziel der vierten und letzten Sitzung sollte dann die Festlegung einer Prioritätenliste der Projekte sein.

Konkreter Ablauf der vier Sitzungen

Erste Sitzung

Nach der oben erwähnten Vorstellungsrunde wurden die folgenden Sitzungsabläufe durch die Moderatorin Frau Krings-Both erläutert. Anschließend wurden persönliche Erfahrungen

von sozialer Vernetzung und Verständigung in der Verbandsgemeinde Linz ausgetauscht. Dabei wurden positive wie auch negative Erfahrungen thematisiert. Aus der anschließenden Diskussion entstanden folgende Themen, welche die Gruppenmitglieder zur Thematik „Soziale Vernetzung und Verständigung“ für sehr wichtig empfanden:

- Generationsübergreifende Angebote/ Hilfen Alt und Jung können und sollen voneinander lernen
- Prävention und Sensibilisierung Was bedeutet alt werden?
- Tabuthemen in der Kommunikation durchbrechen Bsp. Tod, Beerdigung, Abschiebung in ein Altenheim
- Welche Vorbereitungen kann man vor dem eigenen Tod treffen, um andere entlasten zu können? Veränderte Situation einleiten und darauf hinwirken.
- Ältere unterstützen Jüngere Bsp. bezogen auf Unterstützung von jungen Eltern

Aus dieser Themensammlung sowie den schon vorhandene Themen auf den Wunschkarten wurden folgende Oberthemen herausgefiltert:

- Unterstützung auf Gegenseitigkeit (Jung und Alt)
- Was können „Alte“ selbst bewirken? (aktive Einwirkung)
- Tabuthemen in der Kommunikation durchbrechen
- Verantwortung den Senioren für junge Generation sowie umgekehrt (Generationsvertrag/ Nachhaltigkeit)
- Generationsübergreifende Angebote/ Hilfen Jung und Alt lernen voneinander
-

Folgende Beispiele wurden anschließend für die Oberthemen von der Gruppe festgehalten:

- Leihoma und Leihopa
- Ältere Menschen anleiten (Bsp. Im Umgang mit einem Handy)
- Gestaltung eines „Offenen Treffs“ für jede Altersklasse (Chance, Herausforderung)
- Rücksichtnahme und Respekt
-

Zum Ende der ersten Sitzung wurden von der Gruppe folgende zwei Überschriften für die weiter zu bearbeitenden Themen gefunden:

- Sprachlosigkeit zwischen den Generationen überwinden
- Gegenseitige Verantwortung

Zweite Sitzung

Zu Anfang der zweiten Sitzung wurden mit Hilfe des geschriebenen Protokolls durch Frau Rockenfeller die Ergebnisse der letzten Sitzung wiederholt. Anschließend wurde durch die Anwesenden folgende Bestands- und Bedarfsliste von Angeboten zum Thema „Soziale Vernetzung und Verständigung“ in der Verbandsgemeinde Linz erarbeitet:

Bestand	Bedarf
Fahrdienst, Seniorentreff	Interkulturelle Kommunikation
Fahrdienst, ökumenischer Seniorentreff	Begleitdienst
Fahrdienst zur Kirche	Besuchsdienst in Altenheimen
„Haus Utamara“	Krankenhausbesuche
Taxi für Arztbesuche	Sensibilisierung für soziale Bedarfe
Besuchsdienst	Pool an Hilfsbereiten
Besuche durch Kindergärten	Leihoma + Leihopa
Offener Seniorentreff	Ältere Menschen im Alltag anleiten
Deutsch-Israelischer Freundeskreis <input type="checkbox"/> generationsübergreifende Angebote	Generationsübergreifender Unterricht (Bsp. Schule)
Kindern in KIGA/Schule vorlesen	Kindern in KIGA/Schule vorlesen
Vereine	allen Vereine neue Mitglieder gewinnen <input type="checkbox"/> aktualisierte Liste von Vereinen
Vereinzelte Vermittlung von Fertigkeiten/Fähigkeiten	Vermittlung von Fertigkeiten/Fähigkeiten
Ehrenamtsbörse	<input type="checkbox"/> bessere Kommunikation Gemeinsamer Respekt in allen Altersgruppen Gegenseitiges Kennenlernen Vermittlung von Multiplikatoren „Wer mag was machen?“ Kirchen als Multiplikatoren mehr einbeziehen

Dritte Sitzung

Wie auch in der vorigen Sitzung wurde das dritte Treffen anhand eines Rückblicks mit Hilfe des geschriebenen Protokolls eröffnet. Im weiteren Verlauf wurden im Zusammenhang mit der in der letzten Sitzung erarbeiteten Bestands- und Bedarfsanalyse konkrete Projektideen entworfen. Zu den einzelnen Projekten wurden, wenn möglich, auch eine Ortsangabe (allgemein oder ortsspezifisch), ein Verantwortlicher sowie der mögliche Zeitraum der Realisierung festgehalten. Die Arbeitsgruppe „Soziale Vernetzung und Verständigung“ hat folgende Projektideen konzipiert:

Priorität	Projekt	Ortsangabe (allgemein/ortsspez.)	Verantwortlichkeit	Möglicher Zeitraum der Realisierung
	Analyse der Ehrenamtsbörse	allgemein	Fr. Lux	
	Kontakt zum Tauschring ausweiten	allgemein		
	KiGa-Kinder besuchen Seniorenheim	allgemein		
	Schulklasse übernimmt Patenschaft	allgemein	Direktoren der Schulen, VG, Verantwort-	

			liche sozialer Träger	
	Schulprojekt „älter werden“	allgemein	Fr. Lux	
	Schulprojekt „soziale Kommunikation“	allgemein		
	Projekte, gute Beispiele, allgemeine und interkulturelle Themen wöchentlich vorstellen (Wochenblatt Blick)	allgemein		
	Fortsetzung der AG „Soziale Vernetzung“	allgemein		
	Begleitsdienst <input type="checkbox"/> Einrichtung eines Pools	allgemein		
	1-2 Mal pro Jahr Austausch von Multiplikatoren/ Leitern <input type="checkbox"/> wer macht was?	allgemein		
	Politiker/ andere Multiplikatoren für Übernahme einer Patenschaft eines sozialen Projekts finden	allgemein	Fr. Lux	
	Fertigkeiten/ Handarbeiten von Senioren für Kinder (Bsp.: über die KFBS)	allgemein	Fr. Lux	
	Leihoma und Leihopa	allgemein		
	Liste aller Vereine und Angebote der gesamten VG aktualisieren (Flyer, Internet)	allgemein		

Vierte Sitzung

Auch die vierte und letzte Sitzung der Arbeitsgruppe begann mit einem kurzen Rückblick auf das 3. Treffen. Anschließend wurde durch die Moderatorin, Frau Krings-Both, erklärt, dass in der letzten Sitzung 3 Projekte sowie 2 Starterprojekte erarbeitet werden sollen. Die 3 Projekte sollen die höchste Priorität für die Gruppe haben und dürfen kosten- sowie zeitaufwendig sein. Im Gegensatz dazu sollten die 2 Starterprojekten schnell zu verwirklichen sein und möglichst ohne große Kosten realisierbar sein.

Auf die folgenden zwei Starterprojekte hat sich die Arbeitsgruppe „Soziale Vernetzung und Verständigung“ geeinigt:

3. Verbreitung bestehender Angebote

Bestehende Projekte und Angebote sollen zusätzlich zum Mitteilungsblatt „Blick Linz“ mehr verbreitet werden. Dazu könnten verschiedene Medien wie das Internet, Flyer und Plakate genutzt werden. Zudem empfindet die Gruppe die verschiedenen Annoncen und Berichte im Mitteilungsblatt „Blick Linz“ meist zu unübersichtlich und viel zu klein geschrieben. Daher wird der „Blick Linz“ nach Meinung der Gruppe wenig angenommen und teilweise auch gar nicht gelesen.

4. Kindergärten, Schulen, Seniorenheime, Kirchen durch Projekte vereinen

In diesem Starterprojekt könnten zum Beispiel Senioren eines Seniorenheimes den Kindergarten- oder Schulkindern Handarbeiten und andere Fertigkeiten beibringen. Bei diesem Projekt müssten zunächst die Bedarfe und Bereitschaften der einzelnen Institutionen abgefragt werden und anschließend die verschiedenen Angebote koordiniert werden. In dem Zusammenhang könnten zum Beispiel auch Schulklassen Patenschaften für unterschiedliche Projekte übernehmen.

Auf die folgenden drei Projekte hat sich die Arbeitsgruppe „Soziale Vernetzung und Verständigung“ geeinigt (nach der Priorität gestaffelt):

- Fortsetzung der AG

Zunächst sollte sich in diesem Projekt ein oder mehrere Arbeitsgruppe finden, die sich auch weiterhin selbstorganisiert treffen. Aufgaben dieser AG soll unter anderem eine Analyse der Ehrenamtsbörse sein, in der evaluiert werden soll, welche Angebote es bisher gibt und wie diese genutzt werden. Anschließend solle daraus eine Liste aller Vereine und Angebote erarbeitet werden. Im Folgenden würde dann auch die Ausweitung des bestehenden Tauschrings eine weitere Aufgabe der AG sein. Zudem würde zur besseren Koordination und Verknüpfung 1-2 Mal im Jahr ein Treffen für Leiter und Multiplikatoren geplant werden, bei denen die verschiedenen Erfahrungen ausgetauscht werden könnten.

Bei diesem Projekt war der Arbeitsgruppe sehr wichtig, dass sie einen Ansprechpartner an die Seite gestellt bekommt und die Teilnehmer der weiterführenden AG zu VG-Sitzungen etc. eingeladen und deren Meinungen angehört werden.

- Informationsmanagement / Datenmanagement

In diesem Projekt soll eine Webdatenbank für die Verbandsgemeinde Linz eingerichtet werden, in der zum Beispiel die im 1. Projekt erarbeiteten Listen aller Angebote, Vereine , Leiter und Ansprechpartner aktualisiert hinterlegt werden sollen.

- Begleitdienst

In diesem Projekt soll in der Verbandsgemeinde Linz ein Begleitdienst eingerichtet werden. In dem Zusammenhang soll auch ein Pool von Helfern und Ansprechpartnern errichtet werden.

Zusammenfassung der Arbeitsgruppe „Soziale Dienste und gegenseitige Unterstützung“

Einführung

Die Frage, wo und wie ältere Menschen Hilfe und Unterstützung finden, ist die eine Seite. Die andere Seite ist, wie und wo ältere Menschen, die noch aktiv sind und keine Unterstützung benötigen, aber anderen helfen könnten. Beide Fragen müssen inzwischen zusammengedacht werden. Zunächst ist wichtig, welche soziale Infrastruktur vorhanden ist und wie man sie weiterentwickeln kann. Aber gerade in ländlich strukturierten Ortschaften wird es zunehmend darauf ankommen, soziale Unterstützung nicht nur von Institutionen und sozialen Organisationen zu erwarten, sondern auch im Verständnis der Hilfe auf Gegenseitigkeit auch von anderen.

Welche Möglichkeiten haben kleinere Ortschaften oder gar eine Verbandsgemeinde, diese Möglichkeiten gegenseitiger Unterstützung auf der Basis informellen Austauschs zu organisieren und auch zu institutionalisieren, so dass sich Sozial- und Fachdienste auf ihre eigentliche Aufgabe professioneller Versorgung konzentrieren könnten? Wie kann man die Ressourcen und Kompetenzen der "jungen Alten" nutzen und wie kann man sie motivieren, sich für derartige Unterstützungen zur Verfügung stellen und damit selbst das Gefühl für sich zu entwickeln, relevant zu sein für andere?

Und es geht sicher um die Frage, wie man sowohl im Kontext professioneller Hilfen als auch durch informelle Kommunikation diejenigen stützt, die Hilfe leisten.

Dabei sind es sicher oft auch die unmittelbar Betroffenen, die Angehörigen, dann aber auch Freunde und Bekannte älterer Menschen, die auf derartige Unterstützungen angewiesen sind.

In der ersten Sitzung hat sich jeder der Teilnehmer und den Grund seines Daseins vorgestellt. Die Mehrheit ist im Seniorenbeirat tätig. Einige Teilnehmer sind dabei, um etwas verändern zu können. Viele haben schon Projekte für Senioren durchgeführt. Es gab viele Ideen zu dem Thema der Sozialen Unterstützung. Die gesammelten Ideen wurden in zwei Oberpunkte eingegrenzt. In den folgenden Sitzungen soll die Beseitigung der Isolation und das Miteinander der Generationen thematisiert werden.

In der zweiten Sitzung wurde eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse durchgeführt. Dieses Treffen macht den Beteiligten deutlich, dass Linz sehr fortschrittlich ist und es schon sehr viel soziale Unterstützung gibt. Trotzdem gibt es für die Teilnehmer der Arbeitsgruppe noch weitere Bedarfe.

Darunter zählt

technische Hilfe, EDV, Garten, Haushalt, Schneeschippen, Mülltonne von jungen Menschen für ältere Menschen gegen Taschengeld.

Hausmeisterdienste

Fahrdienste

Hausarbeitshilfe

Bekanntmachung

Hürden überwinden

Zeit für Gespräche

Entlastung der Angehörigen

Anregungen von außen (mal andere Menschen sehen und mit ihnen erzählen, erzählt bekommen was im Dorf los ist)

Mobilisierung der Alten

Kinder im Altenheim

Hürden für Hilfen überwinden, Menschen motivieren Hilfen anzunehmen

Ältere Menschen, die Kontakt haben wollen und mobil sind, können meistens Kontakt bekommen. Ältere Menschen müssen sich früh genug Kontakte aufbauen, die auch im Alter und Krankheit anhalten. Sie müssen sich früh genug auf das Alter vorbereiten. Isolierung ist ein großes Problem. Es könnte sein, dass nur das Erfolg hat, was in beide Richtungen geht. Ältere Menschen wollen nichts geschenkt haben. Man muss bei Hilfen besonders sensibel sein und auf die Würde der Menschen achten.

In der dritten Sitzung wurden sechs mögliche Projekte benannt. Das ist die Bekanntmachung, die organisierte Hilfsdienste, Bedarfe zu wecken, Mehrgenerationentreff, die Mobilisierung der jungen Alten und eine Gruppe für Angehörige. Die Bekanntmachung der vorhandenen Angebote für Senioren könnte über die Zeitung, das Internet und Mund zu Mund Propaganda geschehen. Unter organisierten Hilfsdienste gehören hauswirtschaftliche und technische Tätigkeiten. Bedarfe können über Gespräche bei Besuchen, z.B. Geburtstagen geweckt werden. Der Mehrgenerationentreff dient der Kommunikation und der Wissenserhalten. Es sollen dort Themenabende stattfinden. Bereits wenn Menschen in Rente gehen, könnte man sie für Ehrenamtliche Tätigkeiten mobilisieren. Es könnte ein Standardbrief entwickelt werden, den jeder bei Renteneintritt bekommt. In der Gruppe für Angehörige sollen pflegende Angehörige die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch haben.

In der vierten Sitzung fand die Prioritätensetzung und die weitere Planung der Projekte statt. Es wurde folgende Tabelle ausgearbeitet:

Priorität	Projekt	Ortsangabe	Verantwortlichkeit	Möglicher Zeitraum
Starter-Projekt	Bekanntmachung aller Angebote	Allgemeine und ortsspezifisch Das Projekt wird von Linz aus gesteuert.	Eine Arbeitsgruppe soll die Verbandsgemeinde beraten.	Direkt nach der 2. BV
1.	Organisierte Hilfsdienste	Die Hilfsdienste sollen von einer Person in Linz allgemein gesteuert und ortsspezifisch aufgebaut werden.	Ehrenamtsbörse, Verbandsgemeinde und spezifische Arbeitsgruppe.	Direkt nach der 2. BV
2.	Gruppe für Angehörige	Erst allgemein, dann ortsspezifisch	Spezifische Arbeitsgruppe soll den Bedarf ermitteln und eine feste Organisation soll die Durchführung der Gruppe in die Hand nehmen.	Direkt nach der 2. BV aber die Organisation später
3.	Mobilisierung junger Alten	allgemein	Der Senioren-beirat, weitere Interessierte und VG	Bei der nächsten Vollversammlung

				ng des Senioren- beirates
(4.)	Mehr- generationentreff	Allgemein und ortsspezifisch		
(5.)	Bedarfe wecken	allgemein		

Zusammenfassung der Arbeitsgruppe „Verkehr und Sicherheit“

Einführung

Die Ausgangssituation zur Initiierung eines Dorfmoderationsprozesses in der Verbandsgemeinde Linz war es, dass die Gemeinde die Auswirkungen des demographischen Wandels und die resultierenden Herausforderungen thematisieren und mit konkreten Projekten darauf reagieren wollte.

Unterstützt durch das Programm „Aktiv im Alter“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sollten insbesondere ältere Menschen ermutigt werden, sich zu engagieren, ihre Anforderungen zu benennen, Ideen einzubringen und nach Möglichkeiten zu suchen, diese umzusetzen.

Da der demographische Wandel viele Handlungsfelder mit unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten vor Ort betrifft, wurden beim ersten Bürgerforum vier Arbeitsgruppen gebildet.

In der AG „Verkehr und Sicherheit“ sollten insbesondere die veränderten Ansprüche an die technische Infrastruktur behandelt sowie Problembereiche gerade für die ältere Bevölkerung herausgestellt werden. Dabei wurde sowohl der öffentliche- als auch der Individualverkehr in der Verbandsgemeinde Linz von den AG-Teilnehmern erörtert.

Vorgehensweise der Arbeitsgruppe

Für das Vorgehen der Arbeitsgruppe sind vier Treffen mit einem Zeitfenster von jeweils eineinhalb Stunden terminiert worden. Die Sitzungen sind alle von Frau Maren Geller (Magistra Atrium, Geographie) betreut und moderiert worden. Zurzeit absolviert Frau Geller ihren Master in Stadtplanung. Zusätzlich haben Frau Lena Walkenbach und Frau Nadja Gasper die Ergebnisse der einzelnen Sitzungen zu Protokoll gebracht.

Nachdem das Thema „Verkehr und Sicherheit“ mit theoretischen Fakten von Frau Geller in der ersten Sitzung vorgestellt wurde, hat sich die Arbeitsgruppe im weiteren Ablauf intensiv mit dieser Thematik in der Verbandsgemeinde Linz auseinandergesetzt. Vier Wochen später ist gemeinschaftlich eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zu dieser Thematik erstellt worden, welche die Grundlage für verschiedene Projektideen darstellt. Diese Projekte sind anschließend in der dritten Sitzung konkret beschrieben worden. Die letzte Sitzung ist zur Erschließung einer Prioritätenliste der Projekte genutzt worden.

Das oben dargestellte Vorgehen der Projektgruppe „Verkehr und Sicherheit“ ist vorab in der ersten Sitzung erläutert worden.

Diese klar definierten Projektschritte sollten der Arbeitsgruppe dazu verhelfen, nach den vier Sitzungen konkrete Projekte festzuhalten, deren Entwicklung darzustellen und diese Vorhaben in absehbarer Zeit umzusetzen.

Ablauf der Sitzungen

Erste Sitzung

Zu Beginn der Sitzung haben sich alle Teilnehmer einander vorgestellt. Wie in Punkt 2 schon erwähnt wurde, ist im Anschluss daran das genaue Projektvorgehen von Frau Geller erklärt worden. An dieser Stelle konnten bereits erste Fragen zu der Projektplanung beantwortet werden. Frau Geller stellte anschließend die Thematik „Verkehr und

Sicherheit“ im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel vor. Danach hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, die Thematik aus ihrer Sicht zu schildern. Aus dieser Diskussion heraus entstanden folgende Themen, die im Bereich „Verkehr und Sicherheit“ laut der Arbeitsgruppe im Vordergrund stehen:

- Barrierefreiheit
- Verkehrsanbindungen
- Sicherheit
- Benutzerfreundlichkeit des ÖPNV
- Verkehrsberuhigung
- Ruhepunkte
- Verkehrssicherheit
- Sauberkeit des öffentlichen Raums
- Lärmschutz

Aus diesen Punkten wurde eine Prioritätenliste erstellt, um die Themen, die als wichtig erachtet wurden, konkret zu behandeln.

1. Barrierefreiheit/ Verkehrsanbindung
2. Benutzerfreundlichkeit des ÖPNV's
3. Verkehrssicherheit

Zweite Sitzung

Nach der ersten Sitzung hat sich der Kreis der Teilnehmer um zwei Personen erweitert, wodurch vorerst eine erneute Vorstellungsrunde stattfand.

Anschließend hat Frau Geller die Ergebnisse der letzten Sitzung zusammengefasst.

Mit Blick auf die Prioritätenliste wurde im Rahmen einer lebhaften Diskussion mit allen Beteiligten der Bestand und der Bedarf bezüglich Verkehr und Sicherheit in der Verbandsgemeinde Linz ermittelt. Die einzelnen Aspekte wurden jeweils nach allgemeinen und ortsspezifischen Gesichtspunkten ausdifferenziert. Die Bedarfsanalyse ist im Anschluss daran mit der „Wunschkartenaktion“ der Bürgerversammlung verglichen worden, um eventuelle Bedarfe zu ergänzen.

Barrierefreiheit, Verkehrsanbindung		
	Bestand	Bedarf
Allgemein	<ul style="list-style-type: none"> - Gute Anbindung der Rheinschiene - Die Beschilderung der Wanderwege allgemein gut - Es existieren seniorenrechtliche Spazierwege - Verknüpfung der Wanderwege im Westerwald und von Linz in die Gemeinden im Westerwald ist vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> - Bordsteinabsenkungen an Kreuzungen und Einmündungen - Stufenloser Zugang zu Gemeindehäusern - Beauftragter für den behindertengerechten Ausbau von Straßen, Plätzen, öffentlichen Einrichtungen - Rheinbrücke nach Kripp
Ortsspezifisch	<ul style="list-style-type: none"> - Abgeflachter Bordstein an der gesamten Straße besteht in Linz bereits in: Lessingstraße, Muzenbach, Goethestraße, am Hammer und am Hammerbach 	<ul style="list-style-type: none"> - Busanbindung von Ortschaften an Rheinschiene in den Westerwald schaffen, z.B. zum Krankenhaus - Weitere Anbindungen

	<ul style="list-style-type: none"> - St. Katharinen: behindertengerechte Ausstattung des Bürgerhauses - Aufbau des Dorfmuseums in Vettelschloss - Ausbau des Bürgerhauses in Leubsdorf 	<p>zwischen den Westerwaldgemeinden schaffen (nur Schulverkehr vorhanden)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausbau des Radrundweges vom Westerwald zur Sieg und Wied (abgetrennt vom Wanderweg)
--	---	---

Benutzerfreundlichkeit des ÖPNV		
	Bestand	Bedarf
Allgemein		Optimierung der Taktung und der Anbindungen des ÖPNV
Ortsspezifisch		Servicepersonal zur Bedienung der Fahrkartenselbstbedienungsautomaten am Bahnhof Linz Sauberkeit verbessern und Toiletten öffnen am Bahnhof Linz Bahnhof Linz: Behindertengerecht ausbauen

Verkehrssicherheit		
	Bestand	Bedarf
Allgemein	<ul style="list-style-type: none"> - Zustand der Rheinradwege ist allgemein gut - Beschnitt der Vegetation an Rändern der Wanderwege wird vorgenommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Gehwege von parkenden Autos freihalten - Ausbesserung der Landes- und Kreisstraßen - Zum Teil Verbesserung der Wanderwege
Ortsspezifisch	<ul style="list-style-type: none"> - Leubsdorf: Entlaubung der Wanderwege wird vorgenommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Linz: Belag in Asbacherstraße stadteinwärts erneuern - Linz: Gehwege in Asbacherstraße erneuern - Linz: Zebrastreifen oder Ampel vor Friedhof anlegen - St. Katharinen: Zebrastreifen oder Drückerampel vor Kirche anlegen

Dritte Sitzung

Am Anfang der dritten Sitzung wurde mittels des Protokolls auf die vergangene Sitzung zurückgeschaut. Das Ziel dieser Sitzung war, anhand der Bestands- und Bedarfsanalyse der letzten Sitzung konkrete Projekte benennen zu können. Es konnten detaillierte Ergebnisse ermittelt werden, die einen Konsens der von den Teilnehmern vorgeschlagenen Projektideen darstellen. Hierbei wurden die Vorhaben genau beschrieben und der jeweils spezifische Ort dazu angegeben.

Projekt	Ortsangabe
Bereitstellung eines Ansprechpartners für den Fahrkartenautomaten am Bahnhof	Bahnhof Linz
Öffnung der Toilettenanlagen	Bahnhof Linz
Automatisierung der Toilettensäuberung	Bahnhof Linz
Bereitstellung von Servicepersonal an Bahnsteigen (zwecks Ein- und Ausstieg)	Bahnhof Linz
Errichtung eines Aufzugs zu Gleis zwei	Bahnhof Linz
Einrichtung eines Bahnhof-Taxi-Dienstes zwischen den Gemeinden und dem Linzer Bahnhof („Linz-City-Taxi“)	Verbandsgemeinde Linz
Ausbau des Radrundwegs vom Westerwald zur Wied und Sieg (abgetrennt vom Wanderweg)	Verbandsgemeinde Linz
Schaffung von mehr öffentlichem Parkraum	Verbandsgemeinde Linz
Erhöhung der Anzahl der Polittessen	Verbandsgemeinde Linz
Vermehrte Aufklärung über Parkverbotsbereiche	Verbandsgemeinde Linz
Ausbesserung der Landes- und Kreisstraßen	Verbandsgemeinde Linz
Wanderwege: Schaffung von Sitzgelegenheiten, Freihaltung von Bewuchs und teilweise Erneuerung der Beläge	Verbandsgemeinde Linz
Errichtung eines Zebrastreifens oder einer Fußgängerampel vor dem Friedhof in Linz	Linz
Errichtung eines Zebrastreifens oder einer Drückerampel vor der Kirche in St. Katharinen	St. Katharinen
Absenkung der Bordsteine an Kreuzungen und Einmündungen	Verbandsgemeinde Linz
Schaffung eines stufenlosen Zugangs zu den Gemeindehäusern	Verbandsgemeinde Linz
Schaffung eines Beauftragten, der für den behindertengerechten Ausbau von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen verantwortlich ist	Verbandsgemeinde Linz
Errichtung einer Rheinbrücke nach Kripp	Linz

Vierte Sitzung

Top 1: Vervollständigung der Angaben zur Umsetzung der erarbeiteten Projekte

Priorität	Projekt	Orts- angabe	Verantwortliche Instanzen	Mögl. Reali- sierungs- zeitraum
Starter- Projekt	Wanderwege: neue Beläge; von Bewuchs befreien	VG Linz	Gemeinde, Rentner- gilde, best. Gruppen	ab sofort
1	Ansprechpartner für Bedienung der Fahrkartenautomaten	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
1	Öffnung Toilettenanlagen	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
1	Automatisierung der Toilettenanlagen	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
1	Servicepersonal an Bahnsteigen	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
1	Einrichtung eines Aufzuges an Gl. 2	Bahnhof Linz	DB, Land, Gemeinde	2011
2	Bahnhof-Taxi-Dienst zwischen Gemeinden & Linzer Bahnhof	VG Linz	VG, Fr. Schwarz (Sekretärin v. Hr. Fischer)	2011
2	Ausbesserung der Landes- & Kreisstraßen	VG Linz	Land, Kreis, Landesbetrieb Mobilität Cochem	ab sofort
2	Zebrastrifen/ Ampel Friedhof Linz	Linz	Stadt Linz	ab sofort
2	Zebrastrifen/ Ampel St. Katharinen	St. Kath- arinen	Gemeinde	ab sofort
3	Absenkung der Bordsteine an Kreuzungen und Einmündungen	VG Linz	Bürgermeister, Bauamt (?)	2011
3	Stufenloser Zugang zu Gemeindehäusern & Rathaus Linz schaffen	VG Linz	Ortsbürgermeister, Bürgermeister <input type="checkbox"/> Rathaus	2011
	Externen Beauftragten (nicht aus Bauamt) für behinderten- gerechten Ausbau ernennen	VG Linz	Seniorenbeirat	ab sofort
	Einrichtung Rheinbrücke nach Kripp	Linz		
	Mehr öffentlichen Parkraum schaffen	VG Linz		
	Zahl der Politessen erhöhen	VG Linz		
	Aufklärung Parkverbotsbereiche	VG Linz		
	Anbindung/ Ausbau Radrundweg Westerwald–Sieg	VG Linz		

Präsentation 2. Bürgerversammlung

